



 Zuger Zeitung + 8

Reach: 11'246

Visits: 337'400

AÄW: 300 CHF

Datum: 21.10.2025

Autor: Martin Uebelhart

Rubriken: Staatskanzlei Nidwalden, Justiz- und Sicherheitsdirektion

Bei der Krisenkommunikation setzt Nidwalden auf schweizweite Lösungen



Bei der Krisenkommunikation setzt Nidwalden auf schweizweite Lösungen

Der Regierungsrat hat eine Motion zur Beibehaltung des UKW-Notfallradios in Krisenlagen geprüft. Eine robuste Krisenkommunikation ist für ihn von zentraler Bedeutung.

Martin Uebelhart

21.10.2025, 05.00 Uhr

Exklusiv für Abonnenten

Die geplante Abschaltung des UKW-Betriebs wirft Fragen zur Information der Bevölkerung in Krisen auf.

Bild: Peter Klaunzer/Keystone

Das auf UKW basierende Informationssystem des

Bundes sei während Jahrzehnten ein wichtiger Pfeiler der Bevölkerungsinformation in Krisen gewesen. Es habe auch bei Stromausfällen oder in Schutzräumen den Empfang von Notfallinformationen ermöglicht, schreibt der Nidwaldner Regierungsrat in einer Medienmitteilung.

Mit der geplanten Abschaltung des UKW-Betriebs Ende 2026 stelle sich jedoch die Frage, wie die Bevölkerung künftig im Bedarfsfall rasch informiert werden könne. Eine Motion von SVP-Landrat Markus Walker, Ennetmoos, verlangt, dass die Notfallkommunikation im bisherigen Umfang erhalten bleibe und mit gleichwertigen Lösungen gefestigt werde - nicht zuletzt aufgrund der volatilen sicherheitspolitischen Lage. Denkbar sei etwa eine autarke Informationsverbreitung, etwa mit kantonseigenen, mobilen UKW-Notsendern - unabhängig von funktionierenden Stromnetzen, Internet oder Mobilfunk.

Der Regierungsrat teile die sicherheitspolitischen Bedenken des Motionärs, schreibt sie in der Antwort auf den Vorstoss, hält aber fest, dass kantonale Ersatzlösungen für ein UKW-Netz weder zweck- noch verhältnismässig wären. Aufbau und Betrieb wären teuer, technisch aufwendig und angesichts der sinkenden Zahl von UKW-Empfangsgeräten kaum sinnvoll. Auch Alternativen wie mobile Sender, eigene Netzwerke oder Radiopartnerschaften wären ohne nationale Koordination schwierig umzusetzen.

Nationale Koordination erforderlich

Der Regierungsrat setze deshalb auf bewährte Kommunikationsmittel, die regelmässig getestet würden, redundant seien und schweizweit zum Einsatz gelangten: Sirenen für die Alarmierung, die App Alertswiss für digitale Informationen, mit der parallel Radiomeldungen ausgelöst werden könnten, und Notfalltreffpunkte als physische Anlaufstellen.

«Entscheidend ist, dass die Bevölkerung diese kennt und im Krisenfall weiss, wie anzuwenden. Nur so entfalten die Kommunikationsmittel ihre volle Wirkung. Die Sensibilisierung der Bevölkerung ist eine Daueraufgabe», wird Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser-Frutschi zitiert.

Der Regierungsrat hält in seiner Antwort weiter fest, dass eine tragfähige Lösung zur Sicherstellung der flächendeckenden Notfallkommunikation nur in Zusammenarbeit mit dem Bund erfolgen könne. Er begrüsse daher, dass der Nationalrat kürzlich einen Vorstoss angenommen hat, der den Weiterbetrieb von UKW-Radio oder einer ähnlichen Infrastruktur über 2026 hinaus ermöglichen soll. Der Entscheid des Ständerats stehe noch aus. Bis dahin bringe

sich der Kanton Nidwalden über die interkantonalen Gremien weiterhin aktiv in die nationale Diskussion ein.

Motionär Markus Walker anerkennt auf Anfrage, dass sich der Regierungsrat sehr ausführlich mit dem Vorstoss befasst habe. «Das ändert allerdings nichts daran, dass die Bevölkerung nach dem Wegfall des UKW-Notfallbetriebs nicht mehr in unterirdischen Bauten wie etwa Zivilschutzanlagen oder Tiefgaragen erreicht werden kann.» Die Abschaltung des Systems seitens des Bundes Ende 2026 ohne eine Alternative halte er für verantwortungslos. «Wir müssen an diesem Thema dranbleiben, es ist zu wichtig, um zu warten», so Walker. Die Behörden vor Ort müssten der Bevölkerung in einem Krisenfall Informationen zukommen lassen können.

Er würde sich wünschen, dass dieses Problem als wichtiges Thema proaktiv auch über die Konferenz der Kantons- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) in Bern eingebracht werde. Zudem könne der Regierungsrat auch über die Nidwaldner Mitglieder des eidgenössischen Parlaments beim Bund einwirken.

[Link öffnen](#)



Online

Buzz Gesamt: 7

Reach gesamt: 194'213

Visits gesamt: 5'826'500

AÄW gesamt: 7'200 CHF

[Zuger Zeitung](#) [Oltner Tagblatt](#) [Solothurner Zeitung](#) [Nidwaldner Zeitung](#) [Bote der Urschweiz](#) [Luzerner Zeitung](#) [Uerner Zeitung](#)

Print

Buzz Gesamt: 2

Reach gesamt: 30'000

Verbreitung gesamt: 9'310

AÄW gesamt: 2'300 CHF

[Nidwaldner Zeitung](#) [Obwaldner Zeitung](#)